

Probleme der europäischen Integration post-sozialistischer Länder Mittelost-Europas

Srubar, Ilja

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Srubar, I. (1996). Probleme der europäischen Integration post-sozialistischer Länder Mittelost-Europas. In L. Clausen (Hrsg.), *Gesellschaften im Umbruch: Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995* (S. 674-686). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-140417>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Probleme der europäischen Integration post-sozialistischer Länder Mittelost-Europas

Ilja Srubar

Dieses Plenum ist längerfristigen Tendenzen in dem Transformationsprozeß Mittelost-Europas vorbehalten. Eine davon scheint – sofern man den positiven Absichtserklärungen aller Beteiligten Glauben schenken darf – in der Einbeziehung dieser Länder in den Prozeß europäischer Integration zu bestehen, an dessen Ende der Eintritt Polens, Ungarns sowie der Tschechischen und der Slowakischen Republik in die Europäische Union stehen sollten. Es ist nicht nötig, hier zu betonen, daß die realen Rahmenbedingungen, unter welchen die beabsichtigte Annäherung der in Transformation begriffenen Länder Mitteleuropas an die Europäische Union erfolgen soll, voller Probleme stecken, die den Verlauf und gar die Realisierung der intendierten Integration wesentlich mitzuprägen geeignet sind. Ich möchte in meinem Beitrag versuchen, die gegenwärtige Problemlage vor allem aus der Perspektive der bisherigen Entwicklung in den beitragswilligen Ländern Mittelost-Europas zu schildern, um anschließend einige Optionen für »längerfristige« Tendenzen in dem beabsichtigten Integrationsprozeß aufzuzeigen.

Versuche, den Verlauf der post-sozialistischen Transformation darzustellen, sind durch eine besondere Schwierigkeit gekennzeichnet, auf die bereits häufiger hingewiesen wurde (Offe 1991, Srubar 1994) – sie müssen mit der paradoxen Struktur ihres Gegenstandes umgehen, und nur aus dieser lassen sie sich auch entwickeln. So auch hier: Der Transformationsprozeß, der den Ländern des post-sozialistischen Mitteleuropas die Chance zur europäischen Integration öffnet, ist zugleich auch jener, der die Probleme schafft, die diese Chance in Frage stellen. Diese etwas pessimistische Perspektive mag vielleicht zuerst verwundern, denn wenn wir die Umstrukturierung der Wirtschaft und der politischen Institutionen betrachten, die auch als Voraussetzung für den Eintritt in die Europäische Union gelten, so ergeben die groben Eckdaten, daß die hier angesprochenen Länder (also Polen, Ungarn, die Tschechische und die Slowakische Republik)

weitgehende Fortschritte auf diesem Wege gemacht haben. Obwohl die Angaben je nach Quelle schwanken, nimmt der geschätzte Anteil der privatisierten Wirtschaft am Bruttoinlandsprodukt in den genannten Ländern beständig zu und liegt gegenwärtig zwischen 40% (Ungarn, Slowakische Republik) und 60% (Polen, Tschechische Republik). Die Inflationsraten (10 bis 20%) scheinen unter Kontrolle zu sein und sind auch am Sinken. Der Absturz des Bruttoinlandsprodukts nach der Wende (im Durchschnitt um ca. 30 bis 40%) kam zum Stillstand, und eine leicht steigende Tendenz zeichnet sich ab (Polen 4%, Tschechische Republik 2,7%, Slowakische Republik 2%, Ungarn 2,5%). Hinter dem Stabilisierungsbild verbergen sich natürlich länderspezifische Unterschiede. Sie machen sich vor allem aufgrund folgender Indizes bemerkbar: in unterschiedlichem Wachstum von Reallöhnen (Anstieg in Polen und der Tschechischen Republik, Abnahme in Ungarn und in der Slowakischen Republik), in den Raten der Arbeitslosigkeit, die in der Tschechischen Republik mit 3,5% extrem niedrig ist, während sie sich in den übrigen Ländern bei ca. 14% einpendelt. Bedeutend ist hier auch die unterschiedliche Höhe der Staatsverschuldung – niedrig in der Tschechischen und der Slowakischen Republik (ca. 14% des Bruttoinlandsprodukts), hoch in Polen, wo sie fast 60% des Bruttoinlandsprodukts ausmacht, und in Ungarn, wo es 71% sind (Juchler 1994, 1995; Merkel 1994; Kosta 1994). Gefestigt scheint auch das Funktionieren demokratischer Institutionen, die trotz der zunehmenden sozialen und politischen Spannungen in all den genannten Ländern Regierungswechsel auf dem Wege geordneter demokratischer Wahlen hervorbrachten. Insofern kann man sagen, daß die Entwicklung von 1993 bis 1994 eine Stabilisierung der positiven Makroentwicklung in den genannten Ländern bedeutete (Juchler 1994, 494).

Unter der Oberfläche dieser vorzeigbaren Eckdaten entdeckt jedoch der soziologische Blick schnell einen Prozeß der Umwandlung der sozialen Strukturen, der durch die schlagartig entstehende neue soziale Ungleichheit und durch eine Verarmungstendenz bei erheblichen Teilen der Bevölkerung gekennzeichnet ist. Untersuchungen zeigen, daß sich etwa in Polen die Mehrheit der Bevölkerung zu den Verlierern im Transformationsprozeß (Juchler 1995, 93) rechnet; 15% leben unter der Armutsgrenze, mehr als 50% der polnischen Bevölkerung sehen ihren Lebensstandard sinken, 20% bezeichnen ihn als gleichbleibend und 7% als steigend. Auch 25% der Ungarn leben unter dem amtlich angesetzten Existenzminimum (Andorka 1994). In der von der Arbeitslosigkeit minimal betroffenen Tschechischen Republik beziehen 56% der Beschäftigten Löhne, die unter dem Durchschnittslohn (5800 Kronen) liegen, wobei 25% nur etwa die Hälfte des Durchschnittslohns verdienen – also ca. 3000 Kronen (zum Vergleich: der billigte Skoda-Wagen kostet ca. 150.000, ein paar billige Schuhe ca. 500 Kro-

nen etc.).¹ Dies ist zum Teil der Preis für die hohe Beschäftigungsquote. Gemessen an 1989 – also der Zeit vor der Wende – bedeutet dieser Durchschnittslohn eine Senkung des Realeinkommens um ca. 18%. Das seit 1992 inzwischen eingetretene Wachstum der Reallöhne um etwa 4% hat diese Entwicklung noch nicht aufgefangen.

Zu den Verlierern des Transformationsprozesses gehören typischerweise Bevölkerungsschichten, die auch vor der Wende ein niedriges Qualifikationsniveau aufwiesen – minderqualifizierte Arbeiter also, untere Angestellte und Bauern bzw. Beschäftigte im Agrarsektor. Bei letzteren ist der Kontrast zu ihrem relativ hohen Lebensstandard in der Vorwendezeit besonders groß. Aber auch junge Familien und Rentner werden durch die radikale Minderung der staatlichen Zuwendungen und durch den Verfall des Realwerts von Renten auf die absteigende Bahn gedrängt. Generell ergeben die statistischen Zahlen das Bild einer »verkehrten Zweidrittelgesellschaft« (Juchler 1995), in der ca. 50 bis 60% der Bevölkerung ihren Lebensstandard sinken sehen, 20 bis 30% diesen halten können und 20 bis 10% zu den Aufsteigern gehören (Juchler 1995, Srubar 1994).

Auch dieses Bild kann jedoch durch den soziologischen Blick weiter »dekoziert werden«. Dann erweist es sich als ein nur zum Teil zutreffender, objektivierter Abglanz eines »wilden« Prozesses der primären Akkumulation von Kapital, der durch die kleine und große Privatisierung in die Wege geleitet wurde. Dieser Prozeß wird von Handlungsmustern getragen, in die jahrzehntelange Erfahrungen mit der Organisation schattenwirtschaftlicher Netzwerke eingegangen sind. Natürlich hat die Privatisierung die Einstiegschancen in diese Netzwerke neu verteilt und dadurch auch die beschriebenen Ungleichheitseffekte mitbewirkt. Andererseits jedoch bleibt ein großer Teil der gegenwärtigen schattenwirtschaftlichen Effekte von den genannten statistischen Zahlen unerfaßt, obwohl der geschätzte Anteil der Schattenwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt der genannten Ländern zwischen 20 und 30% liegt. Man kann diesen Anteil lediglich durch Anzeichen auf Umwegen erschließen: So sind etwa in der Tschechischen Republik in den letzten zwei Jahren ca. 850.000 Beschäftigte vom statistisch erfaßten Arbeitsmarkt verschwunden (das sind etwa 16%), ohne daß sie als Arbeitslose oder Selbständige wieder aufgetaucht wären (LN, 18.11. 1994, S. VI). Selbst wenn man den Anteil von Frauen und der Arbeitsmigranten in die Nachbarländer hoch ansetzt, zeigt dies an, daß die Schattenwirtschaft ein bedeutender Beschäftigungsfaktor bleibt. Auch die Tatsache, daß etwa in Polen der Rückgang des Konsums von Langzeitgütern deutlich geringer als der Rückgang der Löhne ist, zeigt an, daß die polnische Bevölkerung nach wie vor über »illegale« Einkommensquellen verfügt (Juchler 1995). Die politischen Eliten – zum Teil in diese Netze involviert – haben trotz der damit verbundenen Steuerausfälle

kein großes Interesse an der Austrocknung dieses Teils des Transformationsprozesses, da sie hoffen, daß seine Resultate nicht nur – wie etwa in der realsozialistischen Schattenwirtschaft üblich – die schwierigen individuellen Lebenslagen verbessern, sondern auch eine Kapitalakkumulierung ermöglichen, die eine Belebung der heimischen Investitionstätigkeit nach sich ziehen werde.

Wenn auch die groben statistischen Zahlen über den sozialstrukturellen Wandel in den post-sozialistischen Ländern vor diesem Hintergrund als etwas relativiert gelten müssen, bleibt jedoch die sich in ihnen niederschlagende neu entstandene soziale Ungleichheit nicht ohne Wirkung auf die Akzeptanz der post-sozialistischen Reformen. Wenn auch eine Rückkehr zum ancien régime in seiner politischen Gestalt kaum erwünscht wird und mehrheitlich auch eine gewisse Zuversicht herrscht, daß sich die Lage in etwa fünf Jahren bessern werde, ist eine Polarisierung in den Wertungen der gegenwärtigen Regimes klar zu erkennen, und zwar sowohl bezüglich ihrer politischen als auch hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Leistungen. Diese Wertungen fallen häufig mehrheitlich zu Ungunsten der post-sozialistischen Reformen aus. So sind lediglich die Tschechen überzeugt, daß das gegenwärtige Regime in beiden Hinsichten besser ist als das sozialistische; was die Wirtschaft anbelangt, glauben dies allerdings auch nur 55%. In Ungarn (74%), in Polen (57%) und in der Slowakei (64%) liegt der Anteil derjenigen, die das sozialistische Wirtschaftssystem als das bessere beurteilen, deutlich über 50%. Auch hinsichtlich des politischen Systems neigen Ungarn (69%) und die Slowakei (48% zu 38%) dazu, das frühere für besser zu halten (Andorka 1994). In Polen sind ca. 60% von dem gegenwärtigen politischen Regime überzeugt; dies allerdings erst seit dem Sieg der post-sozialistischen Linken – davor waren es lediglich 40% (Kurczewski 1995, 1995).

Die Bewegung, in die die soziale Struktur der post-sozialistischen Länder geraten ist, und die eine schlagartige Veränderung der individuellen Lebenslagen sowie des sozialen Status in weiten Bevölkerungsschichten bewirkte, schlägt sich jedoch auch in einer Verunsicherung der Orientierungen sozialen Handelns nieder, die die mittelosteuropäischen Kollegen (Kabele 1992, Andorka 1994) als Transformationsanomie bezeichnen. Auch wenn es geboten ist, die These von Ernst Gellner nicht ahistorisch zu überdehnen, nach der der moderne Nationalismus aus dem Anomieschock entsteht, dem Gesellschaften durch die kapitalistische Industrialisierung ausgesetzt wurden (Gellner 1988), läßt sich erkennen, daß diese Transformationsanomie mit dem Entstehen von nation- bzw. ethnozentrierten Solidarisierungseffekten einhergeht. Nationalistisch gefärbte Integrationsmechanismen können natürlich sehr unterschiedliche Inhalte transportieren. In unserem Zusammenhang ist vor allem von Belang, daß diese Inhalte, die die Bezugspunkte der Solidarisierung ausmachen, zuerst deutlich mit den polari-

sierten Einstellungen zu den Transformationsreformen korrespondieren. Der Verlust der realsozialistischen Existenzsicherheit, der von erheblichen Teilen der Bevölkerung als das Resultat der mit der Privatisierung verbundenen Reformen erfahren wird, führt dazu, daß die Privatisierung selbst als ein »Ausverkauf« nationalen Eigentums erscheint, der eine Fremdherrschaft ausländischen Kapitals nach sich ziehen werde. Das Motivationspotential solcher Tendenzen läßt sich an der Spaltung der Tschechoslowakei am eindrucklichsten ablesen, wo in der Slowakei die genannten Ängste deutlich überwogen und den eigentlichen Anlaß zu der Trennung der beiden Staatsteile darstellten. Der Linksrutsch nach den letzten Wahlen in Polen, Ungarn und in der Slowakischen Republik ist auch vor diesem Horizont zu verstehen (Srubar 1994). Die Chancen populistischen Mißbrauchs dieser Potentiale liegen auf der Hand.

Vor diesem Hintergrund ist das Handeln der Regierungseliten im Transformationsprozeß – durchaus gemäß seiner paradoxen Struktur – durch zwei Erfordernisse gekennzeichnet. Einerseits müssen sie den Fortgang und die Anschlußfähigkeit der Transformation nach außen sowie ihre symbolische Legitimation nach innen durch die Bekräftigung von Privatisierungsabsichten aufrecht erhalten. Als legitimierendes Wissenssystem, oder sagen wir Ideologie, dient die neoliberaler Kritik staatlicher Wirtschaftsregulierung und sozialpolitischer Maßnahmen. Andererseits sind die Regierungseliten jedoch gezwungen, den skizzierten Auswirkungen der Privatisierung mit ihren negativen Effekten zu begegnen, die geeignet sind, die Legitimation der Reformen zu untergraben. Faktisch bedeutet das, daß trotz liberaler Rhetorik und trotz Privatisierungsmaßnahmen ein hohes Maß an Staatsinterventionen und -subventionen aufrecht erhalten werden muß, um die sozialen Kosten der Reform in Grenzen zu halten. Wie zwingend dieser Handlungskorridor ist, läßt sich daran ermessen, daß ihm sowohl die neu gewählten, linksorientierten Regierungen Polens, Ungarns und der Slowakei als auch die sich als rechtsliberal verstehende Führung der Tschechischen Republik folgen (Juchler 1995, Mozny 1993, Srubar 1994). Das bedeutet, daß vor allem bei der Privatisierung der großen Staatsbetriebe mit großer Vorsicht verfahren wird – hier hat man die enormen sozialen Kosten und die belastenden Folgen des in der ehemaligen DDR praktizierten radikalen Verfahrens im Auge.

Spricht man also von sozialpolitischen Maßnahmen in diesem Kontext, so ist zu sehen, daß es vor allem jene sind, die die überkommene industrielle Infrastruktur und somit auch die Arbeitsplätze schützen. Die finanziellen Belastungen, die daraus resultieren, sucht man dagegen durch Einschnitte auf der Ebene der aus der westlichen Sicht traditionellen Sozialpolitik zu mindern, indem man zum sog. »Targeting-System« übergeht (Szalai 1993), das soziale Leistungen nicht aufgrund eines generellen Rechtsanspruchs nach einem Gießkannenverfahren,

sondern nur bei individuell nachgewiesenem wirklichen Bedarf zuteilen soll. Auch die Verlagerung der Verantwortlichkeit für die Kranken- und Rentenversicherung vom Staat auf die Arbeitnehmer und Arbeitgeber soll hier Entlastung bringen, wobei der Staat das korrekte Handeln der Arbeitgeber nur mäßig überwacht, um die »wilde« Akkumulation des Kapitals nicht zu behindern.

Ich habe diesen Lagebericht deswegen so ausführlich angelegt, um den Bezugsrahmen zu zeigen, aus dem sowohl die Erwartungen als auch die Probleme verständlich werden, die in den mittelosteuropäischen Ländern mit einem möglichen Eintritt in die Europäische Union verbunden sind. Diese Erwartungen sind – und das darf man nicht vergessen – nicht nur ökonomischer und sicherheitspolitischer, sondern auch kulturell-moralischer Art.

Denn so viel die materialen Interessen wiegen mögen – die eigentliche Erwartung, ja man könnte fast sagen, der erhobene Anspruch darauf, daß Westeuropa diesen Interessen entsprechen solle, liegt immer noch auf der symbolischen Ebene des geschichtlich-kulturellen Selbstverständnisses der post-sozialistischen Länder Mitteleuropas. Zu diesem gehört das selbstverständliche Gefühl und der Anspruch der historischen und kulturellen Zugehörigkeit zu Europa, die nunmehr für 40 Jahre gewaltsam unterbrochen wurde. Einen Ausdruck dieses Selbstverständnisses sehen wir auch in der Renaissance des Begriffes »Mittel-Europa«, der von den oppositionellen Kreisen Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei vor der Wende geprägt wurde, um die Trennung dieser Länder von Osteuropa zu betonen. Die Rückkehr nach Europa aus der ungewollten Verbannung in den Osten und somit die Wiederherstellung »historischer Normalität« – dies ist eine wesentliche Komponente der an die Europäische Union gerichteten Erwartungen.

Dieser Anspruch artikuliert sich jedoch nicht nur als ein historischer – im intellektuellen Diskurs in den genannten Ländern nimmt er bereits auch moralische Züge an, die das integrative Potential des Anspruchs – und dies ist wiederum ein Bestandteil der paradoxen Struktur der Transformation – konterkarieren. Die Schuld an der 40jährigen Geschichtsverirrung wird nicht nur bei dem ehemaligen östlichen Hegemon gesehen, sie wird auch bei den Kernländern der Europäischen Union verortet: Die deutsche Expansion, die Appeasement-Politik Frankreichs und Englands, das Versagen der Westalliierten, Stalins Pläne in Mitteleuropa einzudämmen – sie gehören in diesem Diskurs durchaus mit zu den Ursachen für die 40 Jahre währende östliche Verbannung. Es werden ungarische Stimmen laut, die fordern, Visegrader Länder sollten geschlossen vom Westen eine ersatzlose Entschuldung verlangen, da sie ihre mißliche Wirtschaftslage letztendlich dem politischen Agieren der Westmächte verdankten (Kopatsy 1995). Die tschechische Presse nimmt vor dem gleichen Hintergrund mit spürbarer Empörung zur Kenntnis, daß es nunmehr die Deutschen sind, die ihren

ehemaligen Opfern demokratische und menschenrechtliche Standards als Bedingungen für die Aufnahme in die Europäische Union vorhalten wollen. Wenn wir also das Problem der europäischen Integration von der Perspektive der mitteleuropäischen Kandidaten betrachten, dürfen wir nicht vergessen, welche wichtige Rolle hier die semantische Ebene spielt, die mit ihrem Moralisierungs- und Resentimentpotential eine ebenso paradoxe Problemquelle darstellt wie die materialen Paradoxien der Transformation auch.

Dies liegt nicht zuletzt daran, daß aus der Perspektive der Europäischen Union die Frage der Integration der mitteleuropäischen Länder wenig mit ihrem Europäertum im Sinne der Zugehörigkeit bzw. des Bekenntnisses zu einem Kulturkreis zu tun hat. Wäre die Türkei auf dem Industrieniveau Japans, wäre sie wohl schon längst Unionsmitglied. Aus der Perspektive der Union geht es vielmehr um einen Prozeß wirtschaftlicher und verwaltungsmäßiger Integration unter den institutionellen Vorgaben des Westens. Diese bestehen bekannterweise in drei prinzipiellen Forderungen (ich entnehme sie hier einer Empfehlung der Europäischen Kommission an den Europarat vom Sommer 1994 – vgl.: Kommission 1994):

1. Um der Union beitreten zu können, müssen die beitrittswilligen Länder Mitteleuropas ihre Rechtsvorschriften an jene der Union angleichen. Dazu gehören vor allem Verwaltungs- und Wirtschaftsgesetzgebung. In diesen Bereich gehört auch eine Reihe von sozialpolitischen Empfehlungen, die die Sicherung von Mindesteinkommen, die Beibehaltung des Einkommensniveaus, aktive Arbeitsmarktpolitik sowie Arbeitssicherheitsmaßnahmen beinhalten.
2. Ein zweites Bündel der von der Europäischen Union geforderten Maßnahmen betrifft die Kontrolle des Wettbewerbs innerhalb der beitrittswilligen Länder: Hierzu gehört die Schaffung von Behörden, die sämtliche Staatssubventionen überwachen und in Übereinstimmung mit den Regeln der EU überprüfen und bewilligen. In Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission sollen diese Behörden auch ein Verzeichnis sämtlicher bestehender staatlicher Wirtschaftsbeihilfen anfertigen. Die Kommission würde dann prüfen, »welche Beihilfe sie in welchem Umfang für die Volkswirtschaften der assoziierten Länder für angemessen hält« (Kommission 1994, 6).
3. Die beitrittswilligen Länder müssen ihre Wirtschaftssysteme für den europäischen Binnenmarkt konkurrenzfähig machen, indem sie makroökonomische Reformen realisieren, sparen, ausländische Investitionen fördern und ihre Exporte steigern.

Letztere Forderung zeigt uns, daß die Paradoxien des Transformationsprozesses bereits auch das Agieren der Organe der EU erfassen: So lange die erwünschten

Wettbewerbskontrollmaßnahmen in den mitteleuropäischen Ländern nicht greifen, behält die Union es sich vor, den Binnenmarkt vor den Exporten aus den beitrittswilligen Ländern durch Antidumpingmaßnahmen, Kontingentierung und Zölle zu schützen (Kommission 1994, S. 8). Wenn auch die Kontingentierungen stufenweise gelockert werden (sie sollen spätestens 1996 aufgehoben werden), allerdings mit Ausnahmen jener Bereiche, in welchen die mitteleuropäischen Länder bereits konkurrenzfähig sind (Stahl, Zement, Textil), bleibt für die Union die Möglichkeit, mit Hilfe von Antidumpingmaßnahmen Preise und Marktzugang zu regulieren, immer offen. Dies vor allem, weil aus der Sicht der Union die Subventionslage in den beitrittswilligen Ländern als prinzipiell unklar gilt.

Unter diesen Umständen schlägt die Kapital- und Wirtschaftsübermacht auf Seiten der Union eindeutig zu Buche, wie der Überschuß von etwa 5 Milliarden ECU zeigt, den die EU bis 1994 im Handel mit den mitteleuropäischen Ländern erzielte (Kommission 1994, S. 19). Die Produkte der Union verdrängen zum Teil die einheimischen Waren in den mitteleuropäischen Ländern, was sich besonders kraß auf dem Agrarmarkt zeigt. Dort waren die post-sozialistischen Länder Mitteleuropas zuletzt fast autonom. Seit der Wende sinkt jedoch der Agrarexport der mitteleuropäischen Länder in den Westen, während der Import aus der EU schnell und kontinuierlich ansteigt. Die damit angezeigten Einschnitte im Agrarbereich betreffen vor allem in Polen fast 30%, in der Slowakei, der Tschechischen Republik und in Ungarn ca. 10% der Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund – ein weiteres Paradox – errechnen westliche Experten für den Fall des Beitritts der mitteleuropäischen Länder einen Subventionierungsbedarf, der einer Erhöhung des Unionshaushalts von ca. 30% gleichkäme. Wenn auch in dieser Rechnung Rumänien und Bulgarien mit einem relativ hohen Subventionsbedarf einbezogen sind, zeigt diese Richtzahl, daß eine absehbare Eingliederung der mitteleuropäischen Länder in die EU unter voller Angleichung an die jetzt geltenden Unionsregelungen recht unwahrscheinlich ist (FAZ 18.1., S. 11; Strohmeier, S. 117).

Es gibt also Grund zu der Annahme, daß die bereits angelaufenen Annäherungen der mitteleuropäischen Länder an die EU sich im wirtschaftlichen Bereich unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht immer positiv auswirken, sondern zum Teil die durch die Transformationsprozesse in Gang gesetzte Ausdifferenzierung sozialer Ungleichheit mit all den bereits beschriebenen politischen und nationalistischen Nebeneffekten verschärfen. Auch hier kann als Beispiel für diese Auswirkungen auf der Ebene konkreter Lebensführung der Agrarbereich dienen. In Polen sank nach der Wende das Einkommen in diesem Bereich, in dem durchaus 8 Millionen Menschen tätig sind, um ca. 40%, wobei der Anteil der Agrarimporte aus der EU bereits von 1990 auf 1991 um 130%

anstieg. In der gleichen Zeit sanken die polnischen Agrarexporte in die EU auf ganze 16%. Dies trug wesentlich zur Verschlechterung der Lebensbedingungen der Landbevölkerung bei. Es kam zu Massenprotesten, die sich nicht zuletzt auch in der Unterstützung der linksorientierten polnischen Bauernpartei niederschlugen, die in Koalition mit den Post-Kommunisten aus den letzten Wahlen siegreich hervorging. Dabei spielten nationalistisch gefärbte Solidarisierungseffekte in der Bauernschaft eine wesentliche Rolle (Halamska 1994, 48ff.). Auch in Ungarn scheint sich dieses Muster zu wiederholen. Die Bauern und Landarbeiter bilden den höchsten Prozentsatz in den untersten Einkommensschichten (37,7 %, Andorka 1994), wobei auch in Ungarn der Stimmenanteil der Landbevölkerung an der »Linkswahl« von 1994 nicht unerheblich war. Ebenso zeigten die Kommunalwahlen in der Tschechischen Republik in bezug auf die politischen Optionen eine eindeutige Trennung zwischen Stadt und Land, wenn sich auch hier der Protest gegen die »offiziellen Parteien« im ländlichen und kleinstädtischen Bereich in den Präferenzen für unabhängige Wählergemeinschaften artikuliert. Nur einige Bezirke und Kommunen, vor allem im westlichen Grenzgebiet, wählten die »linke« Opposition, die – vor allem seitens der postkommunistischen Parteien – nationalistische Semantik pflegt. In der Slowakei, wo die populistische Linke unter Meciar eine Koalition mit der nationalistischen slowakischen Partei bildet, läßt sich ein ähnlicher Zusammenhang vermuten. Der Druck auf die Regierungen der mittelosteuropäischen Länder, protektionistische Maßnahmen zugunsten der Eigenprodukte zu ergreifen, wächst nun auch in der Öffentlichkeit. Hier eine Notiz am Rande: Selbst in der wirtschaftsliberal gestimmten Öffentlichkeit der Tschechischen Republik halten 86% der Verbraucher eine solche Förderung der einheimischen Produkte für notwendig; nach letzten Umfragen verlangt auch die Mehrheit der Ungarn, daß die Regierung einheimische, insbesondere dann landwirtschaftliche Erzeugnisse schützt (Kommission 1994, S. 11; LN 9.2.1995, S. VI und LN 14.2. 1995, S. I).

Solche Effekte bleiben natürlich nicht auf den Agrarbereich beschränkt. Auch im Industriebereich macht sich der westliche Warendruck bemerkbar. Die konkurrenzfähigen Branchen der Wirtschaft der postsozialistischen Länder werden zugleich zum Ziel der westlichen Investoren – zum Teil jedoch offensichtlich mit der Absicht, durch Kapitalbeteiligung den Konkurrenzdruck zu steuern oder gar aufzuheben (so haben sich etwa die deutschen Produzenten in der tschechischen Zementindustrie eingekauft und führen gleichzeitig eine Dumpingbeschwerde gegen diese Industrien vor den Gremien der Europäischen Gemeinschaft.) Die Logik der Marktwirtschaft führt unter den Bedingungen der gegebenen Kapitalasymmetrie nicht unbedingt zur Entwicklung und Steigerung des Wirtschaftspotentials der postsozialistischen Länder oder gar zu einer Integra-

tion des wirtschaftlichen Raums zu beiderseitigem Nutzen, sondern vielmehr zum gegenseitigen Protektionismus bzw. zu Versuchen, konkurrierende Firmen zu marginalisieren. Darüber hinaus bewirkt das Lohngefälle, das häufig den einzigen Konkurrenzvorteil der postsozialistischen Länder darstellt, eine Abwanderungstendenz von Industriestandorten aus dem Westen, durch die westliche Arbeitskräfte freigesetzt oder zu Verzicht auf Lohnforderungen etc. bewegt werden. Dem Zuzug billiger Arbeitskräfte aus den postsozialistischen Ländern, von dem westliche Unternehmen profitieren können, stellt sich angesichts der Arbeitsknappheit im Westen ebenso ein regulierendes Interesse betroffener Berufsverbände entgegen. Die Quotierung legaler Arbeitsgelegenheiten (die Bundesrepublik läßt z.B. ganze 2980 tschechische Arbeitskräfte pro Monat bei einer Aufenthaltbegrenzung auf 4 Monate zu) bewirkt schnell eine Kriminalisierung der beteiligten Arbeitnehmer und Arbeitgeber und gibt so zu entsprechenden Korrekturingriffen Anlaß (LN 13.1.1995, S.I).

Dies zeitigt Desillusionierungen auf beiden Seiten. In den postsozialistischen Ländern sind sie jedoch umso spürbarer, als dort die mit der Rückkehr nach Europa verbundenen Erwartungen hoch sind und für den Transformationsprozeß eine legitimierende, symbolische Bedeutung haben.

Natürlich wird durch solche Phänomene auf der Mikro- und Meso-Ebene der gegenseitigen Kontakte und Erfahrungen das politisch allseits anerkannte Ziel der Integration der mitteleuropäischen Länder in die Europäische Gemeinschaft nicht in Frage gestellt. Zunehmend wird jedoch deutlich, daß die neuen politischen Eliten den von der EU bisher praktizierten und geforderten Aufnahmemodus als ein Problem wahrnehmen. Dabei geht es vor allem um die verwaltungsmäßigen Implikationen des Beitritts, die als Preis für den Zugang zum europäischen Binnenmarkt zu zahlen sind, und um ihre Auswirkungen auf der sozialpolitischen und der wirtschaftlichen Ebene. Ich habe versucht zu zeigen, daß die postsozialistischen Regierungen, um die sozialen Kosten der Transformation in erträglichen Grenzen zu halten und um eine Deindustrialisierung der ostdeutschen Art zu vermeiden, darauf angewiesen sind, die geerbte industrielle Infrastruktur zu subventionieren. Dies geht jedoch mit einer »Deregulierung« einher, d.h. mit einem zunehmenden Verzicht auf Planung und Aufsicht in den subventionierten Unternehmen. Im Rahmen dieser Deregulierung werden auch die individuellen sozialpolitischen Leistungen reduziert. Diese beiden Tendenzen sind durch den Handlungskorridor, den der Transformationsprozeß vorgibt, diktiert und ergeben im Resultat die Kompromißlösung einer unter der Hand bestehenden »Hybridwirtschaft« (von Beyme 1995, S. 201). Einerseits wird die industrielle Infrastruktur geschützt, andererseits jedoch eine unkontrollierte Akkumulation des Kapitals auf dem Wege eines »wilden Kapitalismus« geför-

dert. Diese skizzierten Tendenzen scheinen den von Brüssel bisher geforderten Beitrittsbedingungen zuwiderzulaufen: Diese verlangen nicht nur die Offenlegung aller Subventionen, sondern verlagern die Entscheidung über ihre Zulässigkeit von der nationalen Ebene auf die Ebene der Union. Dort, wo die postsocialistischen Staaten die Subventionen durch die Freigabe von Preisen größtenteils aufhoben – nämlich im Agrarbereich –, hätte allerdings der Beitritt eine weitere Verschärfung der Lage sowie eine erneute Subventionierung – diesmal durch Brüssel – zur Folge. Für diese jedoch, wie die westlichen Experten einmütig bezeugen, fehle es der Union an Geld. Andererseits lassen die Beitrittsbedingungen im sozialpolitischen Bereich einen Erwartungsdruck entstehen, der der gegenwärtigen deregulierenden, minimisierenden sozialpolitischen Tendenz der postsocialistischen Länder zuwiderläuft. Die Möglichkeit, soziale Leistungen bei den Institutionen der Gemeinschaft einzuklagen, für die es bereits innerhalb der Union einige Präzedenzfälle gibt (Strohmeier, S. 170 f.), zeigt die Konfliktpotentiale an, die sich hier verbergen.

Welches Fazit läßt sich also abschließend aus der dargestellten Lage ziehen, und welche langfristigen Tendenzen können wir in diesem Rahmen erwarten? Wir sehen, daß sich hier – dem paradoxen Charakter des Transformationsprozesses gemäß – ein strukturelles Dilemma offenbart:

Bei unsensibler Handhabung scheinen die Beitrittsbedingungen der EU dazu geeignet zu sein, das prekäre Gleichgewicht des gerade zaghaft ansetzenden Take-off der postsocialistischen Wirtschaft zu behindern. Zum einen, indem sie die den jeweiligen lokalen Spezifika des Transformationsprozesses anzupassende, latente Subventionspolitik transparent machen, einschränken und von der nationalen Entscheidungsebene lösen wollen. Zum anderen, indem sie den bürokratisch ungezügelten, frühkapitalistischen Fortgang der ursprünglichen Akkumulation von Kapital, in dem der Transformationsaufschwung bisher seine Basis hat, durch ein Detailwerk von Bestimmungen einschnüren. Damit verbunden ist auch die Befürchtung seitens der mittelosteuropäischen Länder, daß sie unter diesen Bedingungen an die Peripherie der EU geraten würden – etwa weil ihre zunehmende Abhängigkeit von den Ausgleichszahlungen der EU eine strukturelle Verfestigung ihrer wirtschaftlichen Schwäche nach sich ziehen werde, durch die sich diese Länder in der Rolle von Sozialhilfeempfängern am Rande der Union wiederfinden könnten. Daher gibt etwa der tschechische Premierminister Klaus in seinen wiederholten Einlassungen zu diesem Thema zu erkennen, daß er zwar die Öffnung der Binnenmärkte für einen notwendigen Zwang, jedoch sich der Brüsseler Bürokratie zu unterwerfen, für eine hinderliche Bedingung des Integrationsprozesses in Europa hält. Wenn dies auch zum Teil auf sein theoretisches Bekenntnis zu einer neoliberalen Wirtschaftsordnung zurückzuführen

ist, so ist der strukturelle Grund für seine Befürchtung sicherlich auch den polnischen und den ungarischen Experten nicht verborgen geblieben.

Als Summe der dargestellten Problematik zeichnet es sich ab, daß für die Integration der postsozialistischen Länder in die EU zwei Optionen deutlich werden: entweder eine beträchtliche Aufstockung der Transferleistungen für die Neuaufgenommenen oder eine Lockerung der Aufnahmebedingungen, die der besonderen Lage der betroffenen Länder Rechnung trüge. Im wahrscheinlicheren zweiten Falle bedeutete dies langfristig, daß der Prozeß der Integration der post-sozialistischen Länder in die EU mit einer Lockerung, d.h. mit einer Desintegration der gegenwärtigen Gestalt der Union einherginge.

Anmerkung

- 1 Nach den Angaben vom Anfang 1995 ist der Durchschnittslohn in der Industrie auf etwa 8000 Kronen gestiegen, die Relationen jedoch bleiben etwa die gleichen. (Lidové noviny 14.2. 1995, S. I)

Literatur

- Andorka, Rudolf (1994), Ungarn – der nächste Anlauf zur Modernisierung. In: Berliner Journal für Soziologie, Heft 4/1994.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 18.1.1995; S. 11 (Die EU-Agrarpolitik durchgreifend reformieren).
- Gellner, Ernst (1988), Nations and Nationalism, Oxford: Blackwell.
- Halamska, Maria (1994), Les paysans polonais dans le processus de transition. In: Cahiers internationaux de Sociologie, Vol. XCVI.
- Juchler, Jakob (1994), Die wirtschaftliche Entwicklungsdynamik im »postsozialistischen« Transformationsprozeß – zum Wechselspiel von strukturell-allgemeinen und historisch-spezifischen Faktoren. In: Berliner Journal für Soziologie, Heft 4/1994.
- Juchler, Jakob (1995), Kontinuität oder Wende? Polen seit dem Wahlsieg der »Postkommunisten«. In: Osteuropa, 45/1995, Heft 1.
- Kabele, Jiří (1992), Československo na cestě od kapitalismu ke kapitalismu (Die Tschechoslowakei auf dem Wege von Kapitalismus zum Kapitalismus). In: Sociologický Casopis 18/1992.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (1994), Mitteilung der Kommission an den Rat. Ergänzende Ausführungen zu der Mitteilung der Kommission über »Europa-Abkommen und die Zeit danach: Eine Strategie zur Vorbereitung des Beitritts der

- Länder Mittel- und Osteuropas«. Brüssel, 27.7.1994.
- Kopatsy, Sandor (1995), Dluhy brzdi transformaci (Schulden bremsen die Transformation). In: Stredoevropske noviny (Monatsbeilage von Lidove noviny) Januar 1995, S. 3.
- Kosta, Jiří (1994), Transformační strategie a výsledky (Transformationsstrategien und ihre Resultate). In: Lidové noviny, 30.5.1994, S. III.
- Kurczewsky, Jacek (1995), Tak mala a Tak Oskliva (So klein und so häßlich). In: Stredoevropske noviny 2/1995, S. 2-3.
- Kurczewsky, Jacek (1994), Polands seven middle classes. In: Social Research 61/1994, Nr. 2.
- Lidové noviny, 16.1.1995, S. I.: Mzdové nůžky se otvírají (Die Lohnschere öffnet sich).
- Lidové noviny, 13.1.1995, ČR chce víc pracovních míst v Německu (Tschechische Republik möchte mehr Arbeitsgelegenheiten in Deutschland).
- Lidové noviny, 18.11.1994, S. VI: Podnikatelé měli černý rok (Die Unternehmer hatten ein schwarzes Jahr).
- Merkel, Wolfgang (1994), Restriktionen und Chancen demokratischer Konsolidierung in postkommunistischen Gesellschaften. Ostmitteleuropa im Vergleich. In: Berliner Journal für Soziologie, Heft 4/1994.
- Možný, Ivo (1993), An attempt at a non-economic explanation of the present full employment in the Czech Republic. In: Czech Sociologica Review 2/1993.
- Offe, Claus (1991), Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa. In: Merkur 505/1991.
- Strohmeier, Rudolf (1994), Die Europäische Union. Ein Kompendium aus deutscher Sicht. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Szalai, Julia (1993), Social Transformation and the Reform of Social Security in Hungary. In: Czech Sociological Review 2/1993.
- Srubar, Ilja (1991), War der reale Sozialismus modern? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43/1991.
- Srubar, Ilja (1994), Variations of the Transformation Process in Central Europe. A Comparative Assessment. In: Zeitschrift für Soziologie, 23/1994, Heft 3.